

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8/9.

Die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Leerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Entspannung in Oberschlesien

#### Die Haltung der Regierung

Nach Meldungen aus Paris verzeichnet die dortige Presse mit großer Befriedigung die Antwort, die Reichsanzler Wirth an den französischen Botschafter in Berlin auf die Aufforderung der französischen Regierung erteilt hat, die deutsche Regierung möge den Transport von Kriegsmaterial und Freiwilligen nach Oberschlesien unterbinden. Der Reichsanzler hat dem französischen Botschafter geantwortet, die deutsche Regierung habe bereits dieselbe Aufforderung von der Kontrollkommission erhalten und darauf habe schon am 14. Mai General v. Seeckt die nötigen Anordnungen erlassen. Wirth gab erneut die Versicherung ab, Deutschland werde nicht in Oberschlesien intervenieren.

An dem Willen des Reichsanzlers, dieses gegebene Versprechen zu halten und eine deutsche Intervention in Oberschlesien zu verhindern, kann kaum gezweifelt werden. Aber die deutsche Regierung wird größere Energie aufwenden müssen, als bisher, um Quertreibereien der Orgeschleute unmöglich zu machen, die, wie einige Meldungen zeigen, die wir nachfolgend veröffentlichen, tatsächlich im Gange sind.

#### Die Zustände im Aufruhrgebiet

In einer ausführlichen Meldung „aus Rattowitzer deutschen Kreisen“ wird bestritten, daß das Telegramm Korsantys, in dem er sich erbotet, seine Streitkräfte zurückzuführen, ernsthaftige Bedeutung habe. Korsantys habe keine Linie angegeben, bis zu der ein Rückzug erfolgen soll. Korsantys angeblicher Rückzug werde in jenen Rattowitzer deutschen Kreisen nur als ein neuer Versuch zur Schaffung einer Demarkationslinie angesehen. Jede auch nur im geringsten günstige Bewertung der Lage sei durchaus unangebracht. Auch andere Meldungen wollen wissen, daß die polnischen Banden nunmehr den Bandenkrieg auf eigene Faust führen. Es liege eine Fülle von Einzelheiten vor über schwere körperliche Mißhandlungen. Auch in der englischen Presse wird nunmehr behauptet, daß die Franzosen in Oberschlesien deutlich zugunsten der Polen Partei ergreifen hätten. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Rattowitz führt als Beweis für die Parteinahme der Franzosen zu Gunsten der Polen mehrere Fälle an, bei denen die Unfähigkeit und die Unwilligkeit der Franzosen gegen die polnischen Aufständischen vorzugehen, deutlich zum Ausdruck kommen. Der Berichterstatter erklärt, die polnische Grenze sehe immer noch offen. Züge mit Vorräten und Munition für die Aufständischen liefen fast täglich ein.

Der Mangel an Lebensmitteln macht sich in Oberschlesien ebenfalls immer mehr fühlbar. Die Interalliierte Kommission behauptet allerdings, daß nicht die polnischen Insurgenten über die Kommission die Schuld daran tragen, sondern die Eisenbahnbeamten in Oppeln. Sie weigern sich angeblich, die Lebensmitteltransporte abfahren zu lassen. Von anderer Seite wird berichtet, daß diese Erscheinung auf den bösen Willen jener Eisenbahnbeamten zurückzuführen sei. Die Beamten hätten die Transporte in Oppeln auf, weil die Interalliierte Kommission nicht in der Lage sei, für einen ausreichenden Schutz der Bahnbeamten Sorge zu tragen.

### Bayerische Orgesch und Oberschlesien

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 20. Mai.

Von München gehen Extrazüge mit Freiwilligen nach Oberschlesien ab. So wurde, wie unser Münchener Organ, der „Kampf“, berichtet, am Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr, ein Extrazug nach Oberschlesien kurz vor dem Berliner Abend Schnellzug als Vorläufer abgefertigt. Durch Offiziere in Zivil wurden „Zivilisten“, die ahnungslos diesen Extrazug mit benutzen wollten, in zwei besondere Wagen ganz nach vorn und in den Abend Schnellzug verladen. Ein Werbeoffizier holte einige junge Bauernburschen, die wesentlich in den Berliner Schnellzug eingestiegen waren, heraus und brachte sie, wie er sich ausdrückte, in den „Militärzug“. Die Freiwilligen, meist junge Leute und Studenten, riefen bei der Abfahrt: „Wir befreien Oberschlesien!“ und brüllten nationalistische Lieder, wie in den Augusttagen 1914. Die bayerische Regierung, der das Verbot von Freiwilligenwerbungen durch die Reichsregierung bekannt sein muß, hat auch Kenntnis von dem Absahren der Extrazüge und billigt dieses provokatorische Vorgehen stillschweigend ohne Rücksicht auf die schwerwiegenden Folgen, die dadurch für Deutschland entstehen können.

Die „Süddeutsche Presse“ bemerkt heute zur Einwohnerwehrfrage: „Wie wir hören, besteht in bayerischen Regierungskreisen die Absicht, eine Form zu finden, daß große Teile der bisherigen Einwohnerwehr in Gestalt eines Ortschutzes beibehalten werden können. Die in dieser Hinsicht in Berlin gepflogenen Besprechungen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt.“ Man will also anscheinend die Einwohnerwehren auf diesem Umwege für Bayern erhalten. Das bisherige Vorgehen der Reichsregierung zeigt bisher nicht die erforderliche durchgreifende Energie. Wenn die Reichsregierung auch fernerkhin, wie es bisher den Anschein hat, dem bayerischen Druck nachgibt, so fällt auf sie die Verantwortung für alle weiteren Schwierigkeiten die aus

dieser schwächlichen Haltung gegenüber den bayerischen Orgesch-Politikern erwachsen.

Dresden, 20. Mai.

Zu den Vorgängen auf dem Dresdener Hauptbahnhof, wo nach Mitteilung der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeblich bayerische Orgeschleute, nach deren eigener Aussage heimattreue Oberschlesier, einen Zusammenstoß mit dem Hauptbetriebsrat hatten, weil sie Waffen mit sich führten, wird von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgendes mitgeteilt: Noch bevor die Presse darüber berichtete, haben sich Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den sächsischen Ministerpräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, bei der zuständigen Reichsbehörde eine Untersuchung über die Verhältnisse zu veranlassen. Der Ministerpräsident hat dieser Bitte entsprochen.

#### Immer noch Werbungen

Ferner wird uns über die Werbungen für Oberschlesien geschrieben: Die gestrige Ausgabe des „Dziennik Berlinski“ bringt unter Berufung auf die „Schlesische Zeitung“ genaue Angaben über die Freiwilligenorganisationen und die Werbungen für die Freikorps in Oberschlesien. Nach der „Dziennik Berlinski“ erklärt die „Schlesische Zeitung“ selbst, daß das Verbot der Werbungen durch die Interalliierte Kommission im Widerspruch stehe mit der ersten Erlaubnis, die die Interalliierte Kommission zur Bildung dieser Freikorps erteilt habe. Es spricht dann von dem deutschen Feldzug gegen die Polen in Oberschlesien und berichtet, daß durch Breslau täglich Hunderte von Bewaffneten fahren. Der Konzentrationspunkt dieser Transporte sei Brieg. Die „Dziennik Berlinski“ berichtet dann weiter aus eigener Quelle, daß die Freiwilligen täglich 50 Mark erhielten und außerdem 20 Mark „Kampfszulage“. Sie behauptet, daß in Berlin ein Werbebureau in der Gartenstraße 6 existiere, in der Wohnung eines Herrn Ledwocha, dessen Leiter ein gewisser Fuchs sei. In Breslau läge die Hauptleitung der Werbungsstellen beim Hauptmann v. Kulda, der nach Angabe der „Dziennik Berlinski“ schon 20 000 Leute angeworben haben soll. Die Haupttransportorte sind in Glog, Keiße, Charlottenbrunn. Die Führung im Kreis Rosenberg soll in den Händen des Generals von Arnim liegen. Ueber das Konzentrationslager Sielow bei Coitbus berichtet die „Dziennik Berlinski“ durch das Zitat weiterer Namen der dort verhafteten aus Oberschlesien abtransportierten Polen.

#### Die heimlichen Rüstungen dauern fort!

Trotz der verschiedenen Warnung der Regierung vor der Anwerbung von Freiwilligen für Oberschlesien wird der Unfug doch noch fortgesetzt. Einzelne Ortsgruppen der „Heimattreuen Oberschlesier“ erlauben sich sogar zwangsweise Einberufungen vorzunehmen. Vor uns liegt folgendes Schriftstück:

Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Berlin, den 20. Mai 1921.

Laut Bekanntmachung der Zeitung ist jeder Oberschlesier verpflichtet, sein Vaterland zu verteidigen, und so fordern wir Sie auf, am 21. Mai, vormittags von 8-12 Uhr, mit Legitimationspapieren und Bescheinigung Ihres Arbeitgebers, daß Sie beschäftigt sind, sich zu melden.

Sollten Sie nicht erscheinen, so werden wir weitere Maßnahmen treffen.

Hochachtungsvoll Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Große Frankfurter Str. 125.

Wer hat die „Heimattreuen Oberschlesier“ ermächtigt, diese Einberufungen zu erlassen, wer gibt ihnen das Recht, „weitere Maßnahmen“ zu treffen? Wir erwarten von der Regierung, daß sie hier ebenso wie in allen ähnlichen Fällen mit Energie durchgreift und die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zieht!

#### Antimilitaristische Kundgebungen in Frankreich

Paris, 20. Mai.

„Petit Parisien“ meldet aus Dijon: Im Augenblick des Abganges von Infanterie und Jägern zu Fuß nach dem Rhein fanden einige Kundgebungen statt. Es sei notwendig gewesen, anderes Militär in Anspruch zu nehmen, um die Kundgebungen zu unterdrücken. Der Militärzug hätte trotzdem unter dem Gesang der Internationale abgehen können. Es sei den Offizieren durch ihr entgegenkommendes Verhalten möglich gewesen, die Soldaten zur Ruhe zu veranlassen. „Humanité“ stellt den Zwischenfall etwas ernster dar und erklärt, er hätte sich in einem Refektorienlager bei Dijon in der Nacht zum Mittwoch ereignet. Die Soldaten hätten den Gesang „Krieg dem Krieg“ angestimmt.

Zugangsbeschränkungen auf den österreichischen Eisenbahnen, infolge des Mangels eines ausreichenden Nachschubes oberösterreichischer Kohlen, sind von Donnerstag ab zu erwarten.

### Pflichten der Stunde

Die politische Situation ist noch immer recht wenig geklärt. Die als Notbehelf vor Annahme des Ultimatums entstandene Regierung ist weder endgültig konstituiert, noch im programmatischen Umriß erkennbar. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die einer solchen Klärung im Wege stehen, ungeheuer groß. Aber der großen Masse des arbeitenden Volkes ist mit diesem Hinweis ebensowenig gedient, wie mit einer Politik des Hinhaltens, Verschleierns und Hin- und Herbancieren, die das Kennzeichen jeder politischen Schöpfung ohne inneren Halt und ohne feste Grundlage ist.

Wie liegen die Dinge? Die Regierung Fehrenbach-Simons, diese erste rein bürgerliche Regierung, die sich angeknüpft hatte, das Deutsche Reich über alle inneren und äußeren Krisen hinwegzuführen, verfiel durch ihre Unfähigkeit und Schwäche die außenpolitische Krise von Monat zu Monat, um dann, unmittelbar vor Ablauf des Ultimatums, ihr völliges Unvermögen zu erklären und zurückzutreten. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten nicht den Mut, das Ultimatum der Entente, das die Folge ihrer eigenen verbrecherischen Kriegspolitik ist, zu unterzeichnen. Zwar ging aus den Äußerungen Stresemanns kurz vorher deutlich hervor, daß die Deutsche Volkspartei nicht übel Lust hatte, das Ultimatum zu unterzeichnen und die Regierung zu übernehmen, wenn ein Kompromiß zwischen Stinnes und Loucheur, das heißt, zwischen dem deutschen und französischen Großkapital, zustande käme. Dieses Kompromiß zerfiel jedoch, weil die Deutsche Volkspartei aus Furcht vor der Opposition der Deutschnationalen die Forderungen des Ultimatums über die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsverbrecher nicht glauben übernehmen zu können. Die drückenden wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums hätte die Stinnespartei geschluckt, in der Hoffnung, mit Hilfe der Entente die Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen abzuwälzen. „Indiskutabel“ jedoch waren für sie, nach dem Geständnis des „Lokal-Anzeigers“, die Forderungen über die Entwaffnung und die Aburteilung der Kriegsverbrecher und deshalb überließ diese Partei, mit geringen Ausnahmen, die Lösung der Krise, die hauptsächlich durch ihre Schuld entstanden war, den übrigen Parteien.

Die Desertion der Deutschen Volkspartei aus der Regierung wurde dadurch erleichtert, daß sich die Rechtssozialisten nach einigem Schwanken und Zögern bereit fanden, zusammen mit dem Zentrum und den Demokraten eine neue Regierungscoalition zu bilden. Das Anerbieten der Unabhängigen Sozialdemokratie, unter Hinzuziehung der Gewerkschaften eine sozialistische Regierung zu bilden, wurde von den Rechtssozialisten verworfen, angeblich weil eine solche Regierung keine Mehrheit im Parlament hätte. Dieser Grund ist schon deshalb wenig stichhaltig, weil auch die jetzige Regierung keine Mehrheit im Reichstage hat. Der wirkliche Grund dürfte wohl darin zu suchen sein, daß die Rechtssozialisten auch diesmal, ebenso wie nach dem Kapp-Putsch, nicht die Entschlossenheit aufzubringen vermochten, Hand in Hand mit den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, und gestützt auf das gesamte klassenbewußte Proletariat, die Regierung in die Hand zu nehmen, durch eine Reihe rascher und wirksamer Maßnahmen im Sinne des Sozialismus die Sympathien der breiten arbeitenden Massen zu gewinnen und eine neue Etappe proletarischer Machterweiterung zu eröffnen.

Was ist nun die Folge dieser zaghaften, ausweichenden Taktik? Die jetzt gebildete Regierung hat durch die Unterzeichnung des Ultimatums eine Reihe schwerwiegender und einschneidender Verpflichtungen übernommen, die nur durchzuführen sind, wenn sie mit aller Rücksichtslosigkeit und Energie die vielfachen Widerstände der bestehenden Klassen überwindet. Es ist schwer zu glauben, daß eine Regierung, in der der Demokrat Gefier für das Reichswehrministerium verantwortlich zeichnet, die Entwaffnungsforderungen durchführt, oder daß der Demokrat Schiffer, dessen zweideutige Haltung aus der Zeit des Kapp-Putsches unvergessen ist, in seiner Eigenschaft als Reichsjustizminister die Forderung der Aburteilung der Kriegsverbrecher verwirklichen wird. Und nicht minder illusionär ist die Erwartung, daß diese vorwiegend aus kapitalistischen Elementen zusammengesetzte Regierung bei der Beschaffung der gewaltigen Summen für die Wiedergutmachung die kapitalkräftigen Schichten entsprechend heranziehen würde. Schon jetzt mehrten sich in der bürgerlichen Presse die Angriffe, daß die Regierung Wirth den bestehenden Klassen einen Teil der Wiedergutmachungslasten aufbürden wolle. Charakteristisch für diese Stimmung ist der Hisseruf, den die großkapitalistische „Kölnische Zeitung“ darüber ausstößt, daß im neuen Kabinett die Widerstände gefallen seien, die sich den Finanzplänen Dr. Wirths bislang entgegengestellt haben.

„Mit Wirth“ heißt es dann weiter — kann sich nunmehr die Erzbergerische Politik ausdehnen. Es beginnt wieder das System des Herausschraubens der direkten Steuern bis zum Weißbluten unseres Betriebskapitals. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß der Rest von Vermögenssubstanz, in dem unsere Wirtschaft ihre schwachen Wurzeln hat, dem Verband ausgeliefert wird, um das Kabinett von der Gunst der breiten Masse, denen das Steuerzahlen anderer eine populäre Beschäftigung ist, abzuheben und mit dem sozialistischen Herrschaftsansatz zu

gerum herabzudrücken und einen gleichmäßigen Lebensstandard herbeizuführen, der für die Gesamtheit das Vegetieren in einem Sumpf bedeutet."

Die Angst des großkapitalistischen Organs, daß das Bürgertum durch stärkere Heranziehung zur Abtragung der Wiedergutmachungslasten auf dasselbe elende Niveau der Lebenshaltung herabgedrückt werden könnte, auf dem sich die große Masse des arbeitenden Volkes befindet, ist ein wertvolles Eingeständnis dafür, daß die bestehenden Klassen Deutschlands nicht daran denken, die Lasten, die durch Unterzeichnung des Ultimatum übernommen werden mußten, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft abzutragen. Sie wissen sehr wohl, — auch dafür ist das Eingeständnis der „Kölnischen Zeitung“ ein wichtiges Dokument —, daß das arbeitende Volk in einem „Sumpf vegetiert“, während große Teile des kapitalistischen Bürgertums sich an den ungeheuren Dividenden der Industrie, der Banken, des Handels, der Landwirtschaft usw. wästen. Aber weil in bürgerlichen Schichten das Klassenbewußtsein und das Solidaritätsgefühl stärker ausgeprägt ist als in breiten Kreisen der proletarischen Massen in Stadt und Land, können sie auch jetzt noch den Versuch unternehmen, ihre wirtschaftliche Vormachtstellung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen und die arbeitenden Massen durch Aufbürdung der Reparationslasten noch tiefer in den „Sumpf“ hineinzustößen, in dem sie jetzt „vegetieren“.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Kampf um die Verteilung der Wiedergutmachungslasten den Hauptinhalt der innerpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland in den nächsten Monaten bilden wird. Die arbeitenden Massen, die nach unansehnlichen statistischen Feststellungen ungefähr auf ein Drittel ihrer Lebenshaltung vom Jahre 1913 herabgedrückt sind, sind physisch nicht in der Lage, eine weitere Herabdrückung ihres Lebensniveaus durch höhere Preise, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeit und vermehrte Steuern zu ertragen. Sie werden sich deshalb mit aller Energie dagegen wehren, daß ihnen jetzt noch der Milliarden tribut aufgebürdet wird, den Deutschland an die Entente zu zahlen hat. Andererseits treffen die kapitalistischen Klassen, geführt von den Kapitänen der Großindustrie und der Banken, bereits alle Vorkehrungen, um ihre Kapitalien und Dividenden, um ihren beweglichen und unbeweglichen Besitz vor der Belastung zu schützen, die durch die Wiedergutmachung geboten ist, und die zweifellos vom Großkapital und Großgrundbesitz getragen werden könnte. Der bevorstehende Kampf ist also eine wichtige Etappe des Klassenkampfes, ein Teil der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat um unmittelbare reale Interessen, die das Kernproblem der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands berühren.

Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß die bürgerlichen Parteien bereits jetzt ihren Feldzug gegen den ihnen unsympathischen Minister Wirth begonnen haben und alles daran setzen, um das bisher noch nicht komplettierte Kabinett durch Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu ergänzen. Es ist zwar ein himmelschreiender Ansturm und eine Gefährdung der gesamten außenpolitischen Stellung Deutschlands, wenn eine Partei, die die Unterzeichnung des Ultimatum abgelehnt hat, in eine Regierung eintritt, die sich die restlose Ausführung des Ultimatum zur Pflicht gemacht hat. Weder kann eine solche Partei im Lande selbst ernst genommen werden, noch kann die Entente an den Willen Deutschlands glauben, die Verpflichtungen des Ultimatum auszuführen, wenn die Partei des Herrn Stinnes in der Regierung sitzt. Doch was sieht die Herren von der Schwerindustrie und der Bankokratie diese inner- und außenpolitische Gefahr an? Für sie handelt es sich in erster Linie darum, die realen Gefahren abzuwenden, die ihrem Geldbeutel drohen. Das deutsche Volk und das Reich mögen dabei zu Grunde gehen.

Weil die Dinge so liegen, ist die Annahme, daß die innere Krise nun größten Teil überwunden sei, eine trügerische Illusion. Die Krise muß vielmehr in dem Augenblick einen verschärften Charakter annehmen, wo das Kabinett aus seiner gegenwärtigen Zurückhaltung heraustritt und sein eigentliches Antlitz zeigt. Es wäre vielleicht denkbar — und manche schlauen Taktiker mögen wahrscheinlich schon daran gedacht haben —, daß das Kabinett, das gegenwärtig über keine Mehrheit im Reichstag verfügt, sich mit Hilfe wechselnder Mehrheiten an der Macht zu halten versucht: heute mit Hilfe der Unabhängigen gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen, morgen mit Hilfe der Deutschen Volkspartei gegen die Unabhängigen. Aber angesichts der ungeheuer zugepflanzten Klassengegenstände und der gewaltigen Bedeutung der auf der Tagesordnung stehenden Auseinandersetzungen ist ein solches Spiel undenkbar. Will eine Regierung mehr sein als eine vorübergehende Erscheinung, will sie die übernommenen Verpflichtungen durchführen, so muß sie eine klare Entscheidung treffen: entweder sie regiert gegen die Arbeiterklasse, und das bedeutet die Einheitsfront des Proletariats gegen die Regierung, der sich auch die rechtssozialistischen Koalitionsdiplomaten wohl oder übel fügen müssen; oder aber sie regiert mit der Arbeiterklasse gegen die Parteien der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, dann ist sie verpflichtet, ein klarumrissenes Programm einzuhalten, das den Interessen der breiten Masse des arbeitenden Volkes entspricht. Dieses Programm ist in dem Aufruf unserer Parteileitung skizziert und darüber soll noch in einem besonderen Artikel gesprochen werden.

## Der Reichskanzler zur Lage

Eine Unterredung mit Dr. Wirth

Der Reichskanzler Dr. Wirth empfing am 20. d. M. vormittags, den Chefredakteur der Tageszeitung „Der Deutsche“, Dr. Sartier, zu einer Besprechung, bei der die Gesamtlage erörtert wurde. Dabei wies der Reichskanzler u. a. auf folgendes hin: Was die Entwaffnungsfrage in Bayern angeht, die von der Öffentlichkeit in letzter Zeit mit großer Sorge betrachtet worden ist, so haben wir natürlich weder ein Ultimatum noch eine besondere Note nach Bayern gerichtet. Derartige Gerüchte sind unfernig. Ich habe aber mit den maßgebenden Männern in Bayern in feierlicher Fühlung, und habe bei den Besprechungen mit ihnen die Ueberzeugung gewonnen, daß uns die Lösung des Entwaffnungsproblems gelingt, und daß die innere Bewegung in Bayern sich so vollzieht, wie es nötig ist, um das Reich aus der schwierigen Situation zu retten. Was die übrigen Forderungen der Entente angeht, so haben wir, nachdem wir einmal das Ultimatum angenommen haben, die Verpflichtung, die Forderungen nach Möglichkeit zu erfüllen, und das werden wir tun. Das Kabinett ist augenblicklich mit der Ausarbeitung der Vorschläge beschäftigt, die wir machen müssen, um den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Ultimatum möglichst gerecht zu werden. Ich werde dem Reichstag bei

seinem demnächstigen Zusammentritt entsprechende Vorschläge zunächst unterbreiten. Diese Vorschläge sollen keine Doktordisertation darstellen, sondern wir wollen sofort versuchen, die bereits vorliegenden Gesetzesvorlagen mit neuen zu verknüpfen und sie in rascher Aufeinanderfolge im Parlament durchzubringen, damit wir größere Mittel für die Reparationssumme flüssig machen.

Auf die Frage von Dr. Sartier, wie sich der Reichskanzler die von einer großen Mehrheit des Volkes gewünschte Verbreiterung der Regierung denke, knüpfte Herr Dr. Wirth an seine letzten Ausführungen an, indem er sagte: Bei der Vorlage der von mir erwähnten Gesetzentwürfe wird es sich entscheiden, ob der Reichstag und die Parteien willens sind, die von dem Kabinett beschlossene Politik fortzusetzen. Ich nehme an, daß bei der großen Not, in der sich unser Volk befindet, alle Parteien sachlich mitarbeiten werden, wenn diese Vorlagen kommen, und daß sich daraus die erforderlichen Umgruppierungen der politischen Kräfte ergeben. Sollten unsere Vorschläge aber eine Ablehnung erfahren, so nehme ich an, daß seitens der Parteien ergänzende oder abändernde Vorschläge gemacht werden, die sich als Verbesserung unserer Vorschläge kennzeichnen und auf Grund deren wir das Ziel, das wir ja schließlich alle wollen, erreichen. Der Reichskanzler bemerkte noch, daß auch den Fragen, die sich aus dem gewaltigen wirtschaftlichen Problem für die Organisation der Wirtschaft selbst ergeben, größte Beachtung zu schenken sei, und daß über diese von der Öffentlichkeit viel erörterten Fragen Besprechungen eingeleitet worden seien.

## Die Ausführung des Ultimatum

Berlin, 20. Mai.

Die Maßnahmen, die sich aus der Annahme des Ultimatum als notwendig ergeben, werden zurzeit von der Reichsregierung vorbereitet. Bei den großen technischen Schwierigkeiten, die namentlich hinsichtlich der die Ausführung betreffenden Fragen zu überwinden sind, ist es verständlich, daß endgültige Entscheidungen noch nicht gefaßt werden konnten. Mit einer gewissen Unsicherheit wird deshalb der Außenhandel vorerst leider rechnen müssen. — Als sicher kann jedoch gesagt werden, daß diejenigen Beiträge, die in Zukunft von einzelnen Ententestaaten vom Ausfuhrgegenwert der deutschen Ausfuhr erhoben werden, den Exporteuren durch das Reich in Papiermark erstattet werden. Die technische Durchführung der Auszahlung setzt aber noch einige vorbereitende Verhandlungen voraus, nach deren Abschluß mit der Auszahlung begonnen werden wird. Der Beginn der Auszahlung wird seinerzeit öffentlich bekannt gemacht werden.

Auch im übrigen besteht für die an der Ausfuhr beteiligten Wirtschaftskreise kein Anlaß, bei ihren geschäftlichen Maßnahmen Zurückhaltung zu üben; denn soweit es in Ausführung des Ultimatum etwa erforderlich sein sollte, auch deutscherseits einen Teil der Ausfuhrgegenwerte zu erfassen, werden diese Beträge in Papiermark zurückerstattet werden. Ob und inwieweit die Reichsregierung bei Aufstellung des Programms für die innere Finanzierung der dem Reich aus dem Ultimatum erwachsenden Lasten Ausfuhrabgaben in Vorschlag bringen muß, wird zurzeit eingehend geprüft. Es werden aber ähnlich, wie dies seinerzeit bei der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe geschehen ist, für eine den geschäftlichen Bedürfnissen entsprechende Uebergangszeit solche Ausfuhrabgaben von der etwaigen neuen Ausfuhrabgabe freigelassen werden, die vor Inkrafttreten der Abgabe in handelsüblicher Weise und mit handelsüblichen Fristen abgeschlossen worden sind.

Von zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.:

Am 20. Mai, mittags 12 Uhr, ist die erste Frist abgelaufen, die von der Interalliierten Militärkontrollkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen des Ultimatum gesetzt worden ist. Innerhalb dieser Frist hat die deutsche Regierung die von der Kommission festgelegten Höchstzuweisungen von Material an das Heer und für die Seebesatzungen anzuerkennen. Sie hat sich der von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Heeresgerät zugelassenen Fabriken zu unterwerfen. Es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der Geschütze, Waffen und des Gerätes der Landfestungen und über die Abgabe des Ausführungsmaterials für die Küstenbefestigungen zu erlassen, um der Kommission mitzuteilen.

Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Auswärtigen Amt im Namen der Reichsregierung vorbehaltlos abgegeben worden. Der Reichswehrminister hat bereits am 13. Mai die Befehle für seinen Bereich erlassen, die anderen Befehle sind am 19. Mai ergangen. Die nötigen Folgerungen dieser Befehle sind gezogen, die Ausführungsanweisungen sind erteilt.

## Die Demokraten und das Ultimatum

Die Sehnsucht nach den Stresemännern

U. Odensburg, 20. Mai.

Nach einer Rede des Reichsministers a. D. Koch in einer Versammlung demokratischer Vertrauensmänner über die Annahme des Ultimatum wurde eine Entscheidung angenommen, in der die Gründe anerkannt werden, die einen Teil der demokratischen Abgeordneten zur Annahme des Ultimatum bestimmt haben, nicht gebilligt, dagegen der Eintritt der Demokraten in das Kabinett Dr. Wirth, weil es in seiner jetzigen Zusammensetzung für die Durchführung des Ultimatum zu schwach sei. Das Kabinett Dr. Wirth solle ehestens im Sinne einer Koalition von Dr. Stresemann bis Scheidemann erweitert werden, damit es eine größere Aktionsfähigkeit erhalte.

## Die Forderungen des Reichskanzlerkandidaten

Wie wir berichteten, war auch dem Kölner Oberbürgermeister Dehaener beim jüngsten Regierungswechsel der Reichskanzlerposten angeboten worden. Er hat die Annahme dieses Amtes abhängig gemacht von bestimmten Bedingungen in bezug auf den Achtstundentag und die Sozialisierung. Die sozialistischen Stadtverordneten in Köln haben jetzt im Zusammenhang damit an den Oberbürgermeister folgende Anfrage gestellt: „Der Herr Oberbürgermeister hat nach Pressemeldungen, denen er bisher nicht widersprochen hat, bei Verhandlungen über eine etwaige Berufung als Reichskanzler u. a. die Bedingung gestellt, daß „bei Bedarf“ der Achtstundentag abgeschafft werden müsse. Wie eine öffentliche Erklärung der Kölner Organisation des Staats- und Gemeindefunktionärenverbandes und des Deutschen Verkehrsverbandes zeigt, hat die Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. In der größten Arbeitgebern im Reich gehört, bereit, über seine Stellung zum Achtstundentag Antwort zu geben?“ Wir sind begierig, was Herr Dehaener zu antworten haben wird.

## „Märtyrer der politischen Justiz“

In der „Deutschen Zeitung“ widmet der Reichsgerichtsrat a. D. H. Wittmack den „Märtyrern der politischen Justiz“ einen langen Artikel. Dabei wiederholt er die von unserer Fraktion bei ihrem Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte gemachte Feststellung: „Man scheute sich dabei nicht, sich über die Bestimmung des Artikels 105 der Reichsverfassung hinwegzusetzen, wodurch Ausnahmegerichte für unstatthaft erklärt worden.“ Wie aber, so wird man sich fragen, kommt die Redaktion der nationalsozialistischen „Deutschen Zeitung“ dazu, durch einen Reichsgerichtsrat a. D. die Verfassungswidrigkeit der Ausnahmegerichte nachweisen zu lassen, nachdem sie den Antrag unserer Fraktion aufs heftigste bekämpft und die wahrhaftigsten Urteile der Sondergerichte gegen Arbeiter nicht nur begründet, sondern noch vielfach als zu milde bezeichnet hatte? Sollte der Chefredakteur Max Maurerbrecher dem deutschnationalen Blatte durch Aufnahme des Artikels ein Ruckucksei ins Nest gelegt haben?

Mit nichten! „Die Märtyrer der politischen Justiz“ sind nicht die Tausende, oft zu Unrecht, in allen Fällen aber übermäßig hart bestraften Arbeiter, sondern wirkliche Verbrecher. Es sind jene Räuber, Mörder, Frauenschänder und Gefangenenschänder, deren Bestrafung die Entente im Friedensvertrag verlangt hat und deren beschleunigte Aburteilung in dem Ultimatum gefordert wird, weil die sogenannte deutsche Justiz es bis jetzt immer noch nicht über ihr Herz bringen konnte, diese Verbrecher in Uniform für ihre Schandtaten zur Rechenschaft zu ziehen. Darin die Tränen des Artikelschreibers der „Deutschen Zeitung“, der einstens sozusagen als Richter des obersten deutschen Gerichtshofes tätig war.

## Nun haben wir's

„Alles in allem: Eine Seifenblase ist geplatzt. Alles in allem: In dem Prozeß gegen den Prinzen Eitel Friedrich wurden die ehrabwürdigsten Haberdreher gegen die Mitglieder des Hauses Hohenzollern schwer verurteilt.“ So zu lesen in einem Leitartikel der Berliner „Post“, der sich mit dem Kapitalverschleppungsprozeß gegen den Hohenzollern Eitel Friedrich befaßt. Aber nicht der Kapitalverschlepper, der 5000 M. Geldstrafe betrappt muß — allerdings eine Bagatelle — ist der Verurteilte, sondern als Schuldige gingen aus dem Prozeß hervor alle jene, die von dem entwiderten Geldhahn der Hohenzollern und von den Kapitalverschleppern dieser Familie mit Hilfe des verrufenen holländischen Bankiers Gruyer sprachen. Und womit begründet die „Post“ diesen Nachweis? Eitel Friedrich wollte nur etwas über 300 000 M. in Sicherheit bringen und nicht vielleicht 80 Millionen. Das erinnert denn doch zu sehr an jenes Mägdelein, das auf die Frage, ob es ein Kind bekommen habe, antwortete: „Ja, aber nur ein ganz kleines“.

## Ein Ruckucksei

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide zugegangen, den er in seiner letzten Sitzung dem volkswirtschaftlichen Ausschuß überwiesen hat. Dieser wird sich am 30. Mai mit dem Entwurf beschäftigen. Die bürgerliche Presse knüpft daran die Mitteilung, daß der Gesetzesentwurf das Plenum des Reichstages nicht mehr beschäftigen werde, da nach Ansicht des volkswirtschaftlichen Ausschusses zur Annahme des Gesetzes lediglich eine Abänderung des jetzt gültigen Gesetzes notwendig ist.

Diese Erwartungen werden nicht in Erfüllung gehen, denn, nachdem der volkswirtschaftliche Ausschuß die Befugnis zur vereinfachten Gesetzgebung nicht mehr besitzt, muß er über seine Verhandlungen dem Plenum genau so gut Bericht erstatten, wie jeder andere Ausschuß. Die Agrarier werden also um die ihnen anscheinend sehr unangenehme Erörterung ihrer Absichten nicht herumkommen.

## Lügen der „Roten Fahne“

Der gestern von uns veröffentlichte Artikel des Genossen Rosenfeld über das deutsch-russische Abkommen hat es der „Roten Fahne“ angetan. Sie schwindelt das Blaue vom Himmel, um gegen diesen völlig zutreffenden Artikel irgendetwas sagen zu können. Die „Rote Fahne“ behauptet, daß Genosse Rosenfeld die kapitalistische Stinnes-Regierung der Regierung der russischen Arbeiter und Bauern gleichgesetzt habe, während jeder halbwegs deutsch verstehende Leser das gerade Gegenteil in dem Artikel findet. Das Blatt der Kommunisten rechnet offenbar mit Lesern, die nur die „Rote Fahne“, aber nicht die „Freiheit“ lesen. Die „Rote Fahne“ glaubt sogar, die unzweifelhafteste Tatsache aus der Welt lügen zu können, daß unsere Partei seit Jahren die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland gefordert hat! Das Blatt der Kommunisten rechnet mit Lesern, die nicht einmal die Verhandlungen des Reichstages verfolgen! Schließlich tut die „Rote Fahne“ so, als ob Genosse Rosenfeld die Herstellung engerer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland als Werk deutscher Juristen betrachte, während dies nach der „Roten Fahne“ nur das Werk der deutschen Arbeiterklasse sein kann. Wörtlich hatte Genosse Rosenfeld geschrieben: „Das deutsche Proletariat und seine Vorkämpferin, die U. S. P. D., hat die Aufgabe, die deutsche Regierung auf diesem Wege (zu einer Verständigung der deutschen Republik mit der russischen sozialistischen Sowjetregierung) weiterzuführen zum Besten des deutschen und des russischen Volkes.“ Die ganze Polemik der „Roten Fahne“ entbehrt also jeder sachlichen Begründung.

Sinnfeinerüberfälle in London. In einer der letzten Nächte ist die englische Hauptstadt der Schauplatz zahlreicher Überfälle und Brandstiftungen gewesen, die nach Ansicht der Londoner Polizei sämtlich den Sinnfeinern zur Last gelegt werden müssen. Man schließt dies daraus, daß in zehn verschiedenen Stadtvierteln gleichzeitig nur Häuser überfallen worden sind, deren Inhabern in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Angehörigen der irischen Polizei stehen. Die Terrorakte der Sinnfeiner haben in London große Erregung hervorgerufen, da fünf der überfallenen Personen sehr schwere Verwundungen erlitten haben. In einigen Stellen, so in Battersea und North Woolwich, verhafteten die Sinnfeiner mittels Petroleum und Paraffin Feuer an die Häuser zu legen, indessen konnten die entstandenen Brände leicht gelöscht werden.

Wangel und Frankreich. Die Konstantinopler Zeitung „Stambul“ veröffentlicht einen Brief Wangel's an die französische Regierung, in dem Wangel Frankreich ein unehrliches Spiel mit der Krimarmee vorwirft und sagt, Frankreich habe die Krimarmee in eine verwerfliche Lage gebracht, um die russische Flotte in die Hand zu bekommen, und habe das Leben von Zehntausenden russischer Soldaten auf dem Gewissen, die auf Frankreichs Veranlassung in den Kampf gezogen waren.

Verhaftung von Eisenbahndieben. In der Strafprozeßsache gegen 62 Eisenbahngänger, Schaffner, Rangierer und Eisenbahnarbeiter aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt und einige Frauen wegen zahlreicher Eisenbahndiebstähle oder Hektel wurden 35 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis zu 2 Jahren 6 Monaten verurteilt. Die übrigen wurden freigelassen.

# Die französische Kammerdebatte

In der französischen Kammer fand gestern die am Donnerstag begonnene große politische Debatte ihren Fortgang. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Paris, 20. Mai.

In der heutigen Sitzung der Kammer ergriff zunächst der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin das Wort. Er wurde in seiner Rede wiederholt unterbrochen, und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Cachin erklärte, daß der Friedensvertrag von Versailles und die anderen Friedensverträge, sowie die später hinzugekommenen Abkommen ein Europa geschaffen haben, das sich in einer viel schwierigeren Lage befindet als das Europa vor 1914. Die Entente habe nach den Worten eines englischen Journalisten Europa diktatorisch aufgeteilt. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles sei zur größten Überraschung wieder das Wort „casus belli“ (Kriegsfall) ausgesprochen worden. Der Redner fragte, ob man etwa geglaubt habe, die Norm für einen internationalen Frieden aufstellen zu können, ohne Rußland zu fragen; ob man etwa geglaubt habe, den Frieden in Europa ausrichten zu können, indem man ein Land von 150 Millionen Einwohnern außerhalb ließ; habe man etwa die Frage der Meerengen und die im nahen Osten ohne Rußland lösen wollen? Seit 48 Stunden seien die Mißverständnisse zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten so, daß eine Krise in der Allianz die Lage noch komplizierter gestaltet habe. Cachin ging alsdann dazu über, die Frage von Oberschlesien zu besprechen. Er drückte die Befürchtung aus, daß die Lösung, die man finden werde, keine Friedenslösung sei, weil nicht nur der Rassenhaß den Abschluß eines Friedens schwieriger gestalte, sondern weil große internationale Interessen der Schwerindustrie und der Kohlenzeiger die Frage komplizieren. Cachin verlangte vom Ministerpräsidenten, daß er endgültig auf die Beilegung des Ruhrgebietes verzichte, die die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 veranlaßt habe. England habe Frankreich gefragt, ob es allein in das Ruhrgebiet einziehen wolle. (Viele Abgeordnete riefen: ja! ja!) Cachin erklärte zum Schluß, die jungen Leute der Jahresklasse 1919 seien schlecht in den Kasernen untergebracht und Unzufriedenheit habe sich schon gezeigt.

Kriegsminister Barthou erhob Widerspruch gegen diese Behauptung, indem ergriff der Abgeordnete Forgeot das Wort. Er besprach an erster Stelle den Betrag der Reparationschuld Deutschlands. In seiner Umgehung habe man nach dem Abkommen von London den Eindruck der Erleichterung gehabt; nach Prüfung der Tatsachen habe er aber Enttäuschung empfunden. Die Reparationskommission habe den Betrag der Gesamtforderung der Alliierten auf 132 Milliarden festgesetzt. Dadurch werde die Forderung Frankreichs auf 68 Milliarden Goldmark bestimmt. Zwischen dem, was man früher als Betrag der Schäden erklärt habe, und dieser Summe bestehe ein solcher Unterschied, daß man der Ursache dieser Differenz nachgehen müsse. Die Reparationskommission habe ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands den Betrag zu bestimmen. Forgeot fuhr fort: Die Herabsetzung durch die Reparationskommission sei auf eine falsche Interpretation des Wechselkurses zurückzuführen. Wenn man eine Schuld herabheben wolle, dann lasse man den Wechselkurs spielen; aber die Reparationskommission hätte Rücksicht nehmen müssen auf alle Lasten Frankreichs, die durch den Wechselkurs veranlaßt worden seien. 715 Goldmark entsprechen heute einer Pension von 2000 Franken; aber wenn der Kurs herunterginge, so seien diese vielleicht nur 875 Franken wert, während Frankreich 2000 Franken bezahlen müsse. Sei das gerecht? Nach seiner Ansicht habe die Reparationskommission bei ihrer Berechnungsmethode rouge et noir (rot und schwarz) gespielt. Das Ergebnis sei, daß Deutschland nicht nur nicht bezahle, was es schulde, sondern daß Frankreich nicht einmal scheinbar so dastehende, daß es Opfer gebracht habe. Ein früherer Ministerpräsident habe die französische Forderung auf 110 Milliarden Goldmark angegeben. Niemand in Frankreich habe einen Centime mehr verlangen wollen, als man gerechtfertigterweise fordern könne; aber man hätte anders kalkulierter müssen.

Jetzt stelle ich die Frage, ob das Abkommen von London gegenüber dem Abkommen von Paris ein Zurückweichen bedeute. Er antwortete darauf mit Ja und wolle das beweisen. Nach seiner Ansicht müßte die deutsche Ausfuhr jährlich 30 Milliarden übersteigen, wenn die Annuitäten des Abkommens von London höher sein sollten als die des Abkommens von Paris. Ein Land könne ohne Export leben; ein Land könne seine Kapitalien exportieren, und es sei möglich, daß man eine Verpfändung der deutschen Tätigkeit nach Österreich und Rußland herbeigeführt habe. England habe eine Steuer von 30 Prozent auf die deutsche Ausfuhr gelegt. Dieser englische Protektionismus sei nicht günstig für Frankreich. (Beifall.) Der Redner fuhr die Emission der letzten Serie von Schuldverschreibungen im Betrage von 82 Milliarden an, die nur dann erfolge, wenn die Reparationskommission das für opportun halte. Er stellt sich deshalb die Frage, ob Frankreich durch das Abkommen von London genug erhalten habe, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Frankreich habe Schulden im Betrage von ungefähr 500 Milliarden Mark, davon Kriegsschulden und Vorkriegsschulden im Betrage von 133 Milliarden, kurzfristige Schulden im Betrage von 67 Milliarden, Schulden bei der Bank von Frankreich im Betrage von 25 Milliarden, Kapitalisierung der Pensionen im Betrage von 60 Milliarden und Kriegsschäden im Betrage von 140 Milliarden. Wenn der Kurs weiter falle, dann würde auch die äußere Schuld sinken. Aber die Amputation der Forderungen an Deutschland sei beträchtlich; dann würden eben die 88 Milliarden Goldmark später nur 88 Milliarden Goldfranken betragen. Man müsse Deutschland fragen, was es besitzt an Rohmaterialien für den Wiederaufbau und an Kohlen. Deutschland könne aber auch für Frankreich eine Handelsflotte herstellen. Forgeot erkennt an, daß der sozialistische Wiederaufbauplan mit Realitäten rechnet. Forgeot fuhr fort: Aber aus Gefühlsgründen sei er gegen die Verwendung der deutschen Arbeiter. (Beifall.) Im Augenblick, in dem man Deutschland sage: Arbeite, exportiere, sperre England seinen Markt ab, sei es doch nicht das Natürliche, daß man dem deutschen Markt den französischen öffne? Aus diesem Grunde behalte er eine Zahlung in natura im Auge. Man könne auch das deutsche Papiergeld als Zahlung annehmen. Wenn Deutschland sein gesamtes Papiergeld Frankreich übermittle und Frankreich noch in natura bezahle, dann könne es nicht mehr sagen: kommt und holt euch, was wir schuldig sind! Wenn Briand der Kammer nicht das Recht zurkennt, das Abkommen von London zurückzuweisen, was sei dann aus seinem Versprechen geworden, daß die Kammer ihre Verantwortlichkeit übernehmen müsse? Die Ablehnung des Abkommens von London durch das Parlament sei weniger ernst als die Weigerung des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag von Versailles zu ratifizieren, als die Annulierung des englisch-amerikanischen Schutzvertrages und als die letzten Worte Lloyd Georges über Oberschlesien.

(Beifall.) Die französische Demokratie habe das Recht, sich nicht durch das Abkommen von London zu binden, das in seinen Folgen zum Ruin des siegreichen Frankreichs gegenüber einem Deutschland führen müsse, das den Kopf wieder erhebe. Selbst mit dem Abkommen von London würde Frankreich bluten und es würde die Hälfte seines Kapitals aufwenden, um die Pensionen und Kriegsschäden zu bezahlen. Das siegreiche Frankreich habe das Recht auf etwas anderes. Das Urteil seines Gewissens lautet deshalb: Halte! ein! Nein!

Nach dieser Rede wurde die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff Minister Loucheur das Wort.

Minister Loucheur erklärte, der Abgeordnete Forgeot habe mit einem beachtenswerten Talent die politischen und finanziellen Gründe auseinandergesetzt, die ihn dazu führten, der Regierung sein Vertrauen zu verweigern. Er wolle beweisen, daß eine große Anzahl von Tatsachen, die von Tardieu und Forgeot vorgebracht wurden, unbegründet seien. Forgeot habe klar heraus gesagt, daß das Parlament das Recht hätte, die Entscheidung der Reparationskommission, die Deutschland übermittle wurde, zu zerreißen. Das wäre ein erster Akt. Er habe auch einen Irrtum begangen, als er der Reparationskommission vorgeworfen habe, sie habe nicht den Aufbaumarkt in Franken berechnet. Die Pensionen seien auf einer mittleren Linie berechnet worden. Bedeutung habe nur, daß alle Schäden repariert und alle Pensionen bezahlt würden. Dubois habe eine Gesamtsumme von 120 Milliarden genannt. Forgeot habe gesagt, die Vertreter von Frankreich und Belgien hätten in der Reparationskommission ihre Wünsche durchsetzen können. Das Unglück aber sei, daß zwischen der Ziffer von Dubois und der Belgiens ein Unterschied bestanden habe; einen Augenblick habe Dubois ganz allein gestanden.

Könnte man nun mit den 68 Milliarden Goldmark, die Frankreich erhalte, alles bezahlen? Loucheur gibt zu, daß durch den Wechselkurs eine Schwankung von 10-20 Milliarden möglich sei. Forgeot habe als einzig positives erklärt, die deutsche Tätigkeit müsse für den Wiederaufbau in Anspruch genommen werden. Halte er es für möglich, 300 000, 400 000, 500 000 Deutsche in Frankreich arbeiten zu lassen? Denn nur das allein habe einen Wert. Gewiß sei die Zahlung in natura ein ausgezeichnetes Mittel, aber könne denn Frankreich das Abgabegeld für die gesamte industrielle Tätigkeit Deutschlands werden? Es sei nicht wahr, daß England dem deutschen Export die Grenzen verschlossen habe. England habe nur die gemeinsame Entscheidung zur Anwendung gebracht. Die Bedürfnisse Europas nach einem derartigen Kriege seien so, daß der deutsche Export die angelegte Höhe erreichen könne, ohne daß die französische Tätigkeit beeinträchtigt werde. Aber schließlich, welche anderen Zahlungsmittel wolle man denn für Deutschland vorschlagen, wenn es nicht der deutsche Export sei? Er hätte gern gesehen, wenn Forgeot etwas praktischeres vorgebracht hätte. Die Abgabe vom deutschen Kapital hätte nach den Berechnungen des englischen Finanzministers Treunis nur 5-6 Milliarden Goldmark, also kaum eine Annuität ergeben. Die Abschätzung, die die Regierung gemacht habe, beruhe auf sehr ernsten Berechnungen, aber die Erhebung vom Kapital sei ja ein Zahlungsmittel, an das man noch heute denken könne. Aber andere Länder, wie Belgien, stünden dieser Art feindlich gegenüber. Wenn Deutschland bereit sei, die vielen Milliarden Papiermark abzugeben, was solle man damit anfangen, solle man etwa nach Deutschland laufen gehen? Niemand hätte eine andere Lösung vorschlagen können, als daß das Volk, das bezahlen müsse, durch Arbeit bezahle. Frankreich habe in London gesagt, es sei notwendig, daß die Welt der Gläubiger Deutschlands werde. Zum ersten Mal habe man dieses Problem mit den Engländern und Belgiern besprochen und habe eine Lösung gefunden, die der französischen Forderung eine Sicherheit in der Welt gebe. Tardieu habe das Dokument vergessen, das er mit ihm aufgesetzt habe, um die Machtbefugnisse der Reparationskommission zu bestimmen, zum ersten Mal habe man in London eine Lösung zustandegebracht, die die französische Schuld sicherstelle. Man habe schließlich von der Garantiekommision gesprochen, die die Zahlung der Schuld sicherstelle. Diese Kommission sei wirklich eine Garantiekommision. Man habe auch gesagt, man wolle Deutschland wie die Türkei behandeln. Die Garantiekommision habe die Aufgabe, die deutsche Schuld zu internationalisieren. Die Reparationskommission habe nach dem Vertrag von Versailles das Recht gehabt, die Zahlungen Deutschlands hinauszuschieben. Diese Gefahr habe man beseitigt. Frankreich habe jetzt Deutschland gezwungen, das Maximum zu bezahlen. Niemals sei ein anderes Zahlungsmittel, auch nicht in der Kammer, vorgeschlagen worden, als das, zu dem man jetzt gelangt sei. Deutschland müsse viel exportieren, damit es reparieren könne, ohne der wirtschaftlichen Tätigkeit Frankreichs Schaden zuzufügen, und ohne daß das in Widerspruch stehe mit dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete. Minister Loucheur überläßt dem Ministerpräsidenten Briand die Sorge, in politischer Hinsicht den Kritikern zu antworten. Hierauf wurde nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag vertagt.

## Der französische Kommunistenkongress

Am Sonntag begann in Paris der erste Kongress der französischen Kommunisten. „Er verließ“, so verkündet die „Humanité“ in breiter Schlagzeile, „in einer Atmosphäre vollkommener Herzlichkeit“. Dasselbe konnte man auch von dem Kongress in Tours sagen. Auch dort herrschte „vollkommene Herzlichkeit“. Weniger vollkommen war freilich die Einmütigkeit, und auch dies Schicksal scheint der kommunistische Kongress mit dem Kongress von Tours gemeinsam zu haben. Wenigstens kam es schon am ersten Tag zu einem Zwischenfall, der zu einer zeitweiligen Unterbrechung des Kongresses führte.

Über den Verlauf des Kongresses gibt die kommunistische „Humanité“ einen vorsichtig ausgemachten Bericht, der aber doch manche interessante Feststellung enthält. Den breitesten Raum des ersten Tages füllte eine Rede des Generalsekretärs L. D. Frossard. Er bemühte sich sichtlich, den denkbar größten Optimismus zur Schau zu tragen, um gar keinen Eindruck, als hätten jemals in der Parteileitung abweichende Auffassungen bestanden, auskommen zu lassen. Die Mitgliederzahl bezifferte er auf 121 000. Die größte Föderation ist die des Seine-Departements mit 14 000 Mitgliedern. Das Oberesah stellt 1800, das Unteresah 4500 Mitglieder. Tageszeitungen besitzt die kommunistische Partei in ganz Frankreich nur fünf. Das größte Blatt ist die „Humanité“, deren Auflage 200 000 Exemplare betragen soll.

Auf die Konflikte, welche sämtliche kommunistische Parteien zurzeit beherrschen, und die durch den Märzputsch der deutschen Kommunisten nur einen neuen Anstoß erhalten haben, ging Frossard mit keinem Worte ein. Es sei denn, man deute folgende allgemeine Wendung als eine Stellungnahme hierzu:

„Wir sind eine große revolutionäre, politische Macht. Wir sind eine Partei, die weiß, was sie will. Unsere Partei will die Revolution, aber sie wird die Arbeitermasse nicht zu Abenteuerern führen, weil sie die heftigen vereinzelten Kundgebungen nicht mit methodischer Vorbereitung der Revolution verwechselt.“

Das wäre jedenfalls eine scharfe Beurteilung der von der kommunistischen Internationale gutgeheißenen Rutschmethode der deutschen Kommunisten, und da Frossard hierin unwidersprochen blieb, so gilt dies als eine Abjage der gesamten französischen Partei.

Die „vollkommene Übereinstimmung“, die nach Frossard zwischen der französischen Parteileitung und Moskau besteht, scheint also zum mindesten nicht sehr fest gefügt zu sein. Darüber täuscht sich auch der schlaue Frossard nicht, und darum hat die Parteileitung den am 1. Juni in Moskau beginnenden internationalen Kongress erst garnicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern einfach von sich heraus zwei Parteigenossen nach Moskau delegiert.

Verfeuil hat nach Frossard dieses Vorgehen der Parteileitung einer scharfen Kritik unterzogen, auf die Frossard nur mit einem verlegenen Vorwand zu antworten vermochte, daß die Partei die Regierung nicht auf den Moskauer Kongress aufmerksam machen wollte, um sich nicht der Möglichkeit der Beschädigung dieses Kongresses zu begeben.

Auf die Frage, mit welchem Mandat die beiden Delegierten nach Moskau gereist seien, antwortete Frossard:

„Was die Beziehungen der Exekutive zu den nationalen Parteien angeht, so wurde gefordert: Weder Unterordnung noch absolute Unabhängigkeit! Außerdem werde die Notwendigkeit betont, daß die Unabhängigkeit der französischen Gewerkschaften unbedingt gewahrt werden müsse. Was die Konflikte innerhalb der kommunistischen Internationale angeht, so seien die Delegierten angewiesen, sich über die Einzelheiten zu erkundigen, da diese in Frankreich nicht hinreichend bekannt seien. Ausdrücklich werde die Unzumutbarkeit einzelner revolutionärer Bewegungen betont. Solche Versuche würden in Frankreich von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sein.“

Die Kritik von Verfeuil löste auf dem Kongress einen großen Lärm aus. Die Delegierten versuchten, den Redner am Sprechen zu verhindern, und erst auf ausdrücklichen Wunsch Frossards hin konnte Verfeuil seine Kritik fortsetzen. Der Sturm brach von neuem los, als Verfeuil die von Frossard aufgestellte Behauptung, die Parteileitung sei immer und in allen Fragen einmütig gewesen, widerlegte und daran erinnerte, daß insbesondere über die Stellungnahme zu dem Mobilisierungsbefehl die Auffassungen sehr entgegengesetzt gewesen wären. Wie auf dem Kongress von einem andern Redner festgestellt worden ist, soll dieser Mobilisierungsbefehl von mehreren kommunistischen Bürgermeister und kommunistischen Gemeindevorständen sogar gegengezeichnet worden sein. Nur zwei kommunistische Bürgermeister hatten die Gegenseignung verweigert. Bringt man dies in Verbindung mit der gesamten politischen Haltung der französischen Kommunisten, so kann man Verfeuil kaum widersprechen, wenn er erklärte: „Die Politik der Partei nach Tours unterscheidet sich nicht von der Politik vor Tours.“

Über den weiteren Verlauf des Kongresses wird noch zu berichten sein.

## Aus der Wirtschaft

### Die Schieber beim Wiederaufbau

In einer großen bürgerlichen Tageszeitung war kürzlich folgende Anzeige zu lesen:

#### „Wiederaufbau-Aufträge!“

Groß-Berliner einget. Firma, die mit den maßgebenden Reichsbehörden enge Fühlung hat, übernimmt die Interessenvertretung leistungsfähiger Firmen und Fabriken aller Branchen, welche sich an Lieferungen jegl. Art bzw. Wiederaufbauarbeiten beteiligen wollen. Laufende persönliche, erfolgreiche Bearbeitung zugesichert. Interessenten...

Die Schieber, die sich an den Kriegslieferungen bereicherten, wollen an den Wiederaufbauarbeiten die gleichen Profite machen. Die den Unternehmern des Baugewerbes dienende „Baumwelt“ warnt unterm 19. Mai davor, „daß Aufträge von Reichsbehörden erst durch Mittelsmänner an die einzelnen Unternehmer und Fabriken gelangen. Jedem leistungsfähigen und sachkundigen Handwerker sollte es freistehen, sich an Arbeiten zu beteiligen. Lassen aber erst derartige Firmen — wie die angezeigte — bei dem Reichskommissariat festen Fuß, dann wird der Korruption Tür und Tor geöffnet.“

Man wird dieser Warnung vor den Schiebern zustimmen, aber im Allgemeininteresse noch darüber hinausgehen und verlangen müssen, daß bei den Wiederaufbauarbeiten die kapitalistischen Profitmacher nach Möglichkeit überhaupt ausgeschaltet werden.

### Warum die Reichsschulden anwachsen.

Die am 19. Mai in Berlin abgehaltene außerordentliche Aktionärversammlung des Lothringers Hütten- und Bergwerksvereins hat die Erhöhung des Aktienkapitals beschlossen; die neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zum Vorzugspreise angeboten, außerdem werden sie rückwirkend ab 1. Juli 1920 dividendenberechtigt. — In der Versammlung wurde mitgeteilt:

„Wegen der endgültigen Abgeltung unserer Entschädigungsansprüche für unser in Elsaß-Lothringen befindliches, durch Liquidation an Frankreich verlorenes Eigentum ist in den letzten Tagen mit der Regierung des Deutschen Reiches ein Vergleich zustande gekommen, bei welchem wir die Verpflichtung übernommen haben, die Entschädigungssumme, deren Auszahlung zum Teil bereits stattgefunden hat, zum Teil in fünfjährigen Raten gesehen wird, zum Ausbau der im deutschen Reichsgebiet gelegenen Werke und zur Neuanlage derartiger Werke sowie zur Herstellung von Wohnungen, und zwar ausschließlich nur für unsere Arbeiter und Angestellten zu verwenden.“

Die Leute, die hier aus Reichsmitteln „entschädigt“ werden, gehören zu den reichsten, die Deutschland überhaupt hat. Die deutschen Angestellten und Arbeiter aber, die infolge der Abtretung Elsaß-Lothringens arbeitslos geworden sind, erhalten keine entsprechende Vergütung.

Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, wieviels Millionen auf diese Weise aus Reichsmitteln an Unternehmer zu Lasten der Steuerzahler verausgabt worden, und wer die „Entschädigten“ sind.

## Aus der Parteipresse

Die lobten erschienenen Nummer 19 des „Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Das Kabinett Briand und sein Programm von Rud. Breitscheid; Wie kommen wir zu einem Agrarprogramm? von Wilhelm Gramach; Die soziale Gleichheit im kommunistischen Rußland von D. Dalk; Moskau und Wien von Otto Jensen; Sozialismus und Familie von Paul Arsch; Die „Open-Shop“-Frage in Amerika. Der „Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag F. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

HEUTE

SONNENABEND

Verkauf in unseren Lichthöfen Soweit Vorrat:

Table with 5 columns: Handschuhe, Kostüm-Stoffe, Bluse, Etamine, Bierbecher, Strickbinder, Seidenkrepp, Schalkragen, Stuhlkissen, Teeglashalter, Herren-Hüte, Einz. Korsette, Damenmamelot, Nähgarn, Damenhemden, Herren-Socken, Wisse Tee- und Wiener-Schürzen, Regenschirme, Oberschalseife, Tragebretter, Musseline, Deckbettbezug, Spiel-Höschen, Butterbrot-Papier, Hausschuhe.

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volksbühne Wallensteins Tod, Neues Volkstheater, Hofe Bernd, Staatstheater, Opernhaus, Schaufelhaus, Die Räuber, Die Maria Magdalena, Deutsches Theater, Kammerpiele, Großes Schauspielhaus, Königgräber Str., Berliner Theater, Milliardensouper, Komödienhaus.

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 Täglich: Großer Witwenball

METROPOI 12 Mal-Attraktionen

Theater a. Kottbus. Tor Elite-Sänger

CIRCUS BUSCH Konrad Gebhardt als Gast

Gold-, Silber-, Platin-Sachen, Wir schlagen jeden Rekord! Ratzlaff & Zimmer

Wo gibts die billigsten Seifen bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bar-od. Teilzahlung

Schokoladen 100 g Milchtafel 3.75, 50 g Milchtafel 2.00

Zeißfeldstecher M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamerstr. 133

Spreewälder Speise-Leinöl, Mühle, Niederlage Fruchtstraße 59

Danksagung Allen Verwandten, Freunden und Parteigenossen

Altmetalle verkauft man nur Badstr. 34 im Hof

Volks-Reise-Verband Neukölln Münchener Straße 53 Ferienfahrten 1921

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht

Franz Horchort Neukölln, Neuhofstr. 31, am 16. Mai verstorben

Königsbank Gr. Frankfurter Str. 117 an der Andreasstraße

Ob Oberbaumbrücke jeden Sonntag ab 20. Mai täglich

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 53a

Wanzen weg, wie Brut verjagt! Herrmann A. Groesfel

Demnächst erscheint! Band 14 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale: S. I. GUSSEW Die Lehren des Bürgerkrieges

Wanderkarten für alle Gegenden erhält man in der Buchhandl. 'Freiheit'

Holzdrehbänke Per sofort gesucht: Erste Direktrice für unser Aenderungs-Atelier

Berliner Brater Die Schönste von Allen Sommer-Schweizergarten Die Fahrt ins Glückland

# Groß-Berlin

## Die städtischen Werke

Keine Umwandlung zu einer Aktiengesellschaft.

Die „B. Z.“ am Mittag brachte gestern die Mitteilung, daß der Berliner Magistrat sich in seiner letzten Sitzung im Grundsatz für die Umwandlung der städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft ausgesprochen hätte. Wie wir dazu erfahren, ist diese Mitteilung vollkommen unrichtig. Der Magistrat hat sich lediglich mit den Richtlinien für die Tätigkeit der Deputationen der städtischen Werke und für die Organisation der etwa 75 Einzelunternehmungen der Einheitsgemeinde Berlin beschäftigt. Diese Richtlinien, die bereits in der Deputation der Werke eingehend beraten worden sind, und die eine leichtere Beweglichkeit der städtischen Werke, aber im Rahmen der städtischen Verwaltung, zum Ziele haben, sind vom Magistrat nur unwesentlich abgeändert worden. Von diesen Abänderungen bestimmt die wesentlichste, daß der Stadtdarlei für das Maschinenwesen stets zugleich Vorsitzender der Verwaltung der Werke sein soll. Ueber diesen Punkt waren in der Deputation Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Oberbürgermeister Koch und einem erheblichen Teil der Deputation entstanden. Die Richtlinien in der vom Magistrat beschlossenen Form, werden jetzt die Konferenz der Bezirksbürgermeister beschäftigen und dann nochmals Gegenstand der Beratungen im Magistrat sein.

Die irreführende Mitteilung der B. Z. hat aber ihre tiefere Ursache. Wie in anderen Orten Deutschlands, so sind auch in Berlin gegenwärtig lebhafteste Bestrebungen im Gange, die Werke der städtischen Verwaltung herauszunehmen und für sie die Form der Aktiengesellschaft zu begründen. Die unabhängige Fraktion der Stadtratsordnungsversammlung steht diesen Plänen ablehnend gegenüber. Für die Umwandlung der Werke in eine solche privatkapitalistische Form liegt in Berlin keinerlei Veranlassung vor. Die städtischen Werke sind in durchaus gutem Zustande. Ihre Rentabilität hängt vor allem von der Festlegung der Gebühren und von der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter ab. Es ist stets Grundsatz sozialistischer Kommunalpolitik gewesen, die Verfügung über diese beiden Dinge in den Händen der von der Bevölkerung gewählten Vertreter zu lassen. An diesem Grundsatz muß auch durchaus festgehalten werden, um den Bestrebungen, die daraus hinauslaufen, die Gebühren fortwährend zu erhöhen, und damit gleichsam eine indirekte Steuer von ansichtsloser Wirkung hemmungslos auszunutzen, zu begegnen. Neben diesen Ursachen scheinen aber noch eine ganze Reihe von anderen wirksam zu sein, auf die näher einzugehen wir uns vorbehalten.

Aus dem Artikel der B. Z. ist aber noch die folgende Stelle bemerkenswert:

„Auf der anderen Seite wird auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt, daß eine ganze Anzahl von besoldeten Stadträten, die die Linke gestellt hat, und die ausnahmslos langjährige Kommunalpolitiker der Groß-Berliner Gemeinden sind, sich durchaus bewährt haben.“

Bisher freilich schlug die bürgerliche Presse ganz andere Töne an.

## Zur Schließung der Kinderheilstätte Lichtenberg

Der Betriebsrat der Kinderstation Lichtenberg meldet wiederum folgendes:

Es ist die höchste Zeit, daß nun endlich zugepackt wird, um die Schließung der Kinderstation Lichtenberg zu verhindern. Von 75 hier untergebracht gemeldeten Kindern sind nur noch 25 hier, diese werden auch am 26. Mai entlassen. Neuaufnahmen finden nicht mehr statt. Somit steht schon ein großer Teil der Heilstätte leer. Man geht bereits daran, die Villa zu Wohnungszwecken herzurichten. Für einen aus einem der Güter der Landesversicherungsanstalt Berlin kommenden Beamten wird eine Wohnung eingerichtet aus drei Krankenzimmern, wo bisher 12 Kinder untergebracht waren, weiter ein Untersuchungszimmer und der für diese 12 Kinder vorgesehene Speisesaal. Am 22. Mai sollen die Räume bezogen werden.

Das beschäftigt gewesene Personal ist, soweit als möglich, schon zum Teil nach Beelitz verlegt worden. Für diejenigen, die man in Beelitz nicht unterbringen kann, wird eine Absingung als Entschädigung gezahlt.

Wir fordern nochmals im Interesse der unterernährten Kinder und Tuberkulösen, daß die Heilstätte auch nach dem 31. Mai der Allgemeinheit erhalten bleibt, und daß sofort Schritte unternommen werden, damit die Kinderstation wieder voll besetzt wird.

## Der Fleisch-Großhandel in Berlin

Der Bedarf an Fleisch für Berlin wird nur zu einem Teile lebend eingeliefert. Große Mengen Fleisch kommen geschlachtet hier an und werden in den Handel gebracht. Dieser Fleischgroßhandel spielt sich an verschiedenen Stellen ab, meist auf den Güterbahnhöfen, wo die Eisenbahnwaggons gleich als Verkaufsstände benutzt werden. Ein Tierarzt oder Fleischbeschauer ist anwesend, der sich darum kümmert, ob das Fleisch untersucht, gestempelt oder sonst einwandfrei ist. An der alten Zentralhalle in der Dirschstrasse kann man das besonders beobachten. Hier vollzieht sich der Fleischhandel unter Bedingungen, die völlig unhaltbar sind. Dunkle Keller, Durchfahrten, ehemalige Pferdeställe, Höfe und vergessene Ecken zu Fleischräumen eingerichtet, die Reinigung läßt viel zu wünschen übrig. Alles mögliche Fleisch von Schlachtvieh und andere Teile, wie Kalbsauen, Därme usw. hängt und liegt durcheinander, die Eingeweide, nicht gereinigt, entwickeln einen fleischigen Geruch. Vom Schlachthof sollen ungereinigte Därme nicht entfernt werden. Von außerhalb werden sie mitgebracht. Marktpolizei, Fleischbeschauer und Stempeler, ja sogar ein Tierarzt ist da, und keiner will sehen, daß hier die gesundheitspolizeilichen Vorschriften von den Händlern außer Kraft gesetzt werden.

Alles Fleisch, das von auswärts eingeführt wird, und nicht tierärztlich untersucht ist, soll einer Nachkontrolle und Stempelung unterzogen werden, dazu ist eigens eine Untersuchungsstation eingerichtet. Und wie sieht es dort aus? Ein großes Schild hängt da: „Jeder Handel ist in diesem Raum streng untersagt!“ Es ist eine Ironie, denn nirgends wird soviel gehandelt, wie gerade in diesem Raum. Derartig viel Fleisch wird in diesem Raum gebracht, daß es ein Ding der Unmöglichkeit für den Tierarzt ist, das eingehängte Fleisch zu beschütigen. Polizeiliche Hilfe ist hier schon angerufen worden. Ohne Erfolg. Das interessanteste ist, daß der Handel bereits vor 5 Uhr beginnt, die Untersuchung aber erst um 7 Uhr. Wieviel Fleisch ist in dieser Zeit schon verkauft und nicht nachbesehen worden? Man sagt, sogar Fleisch, das überhaupt nicht untersucht wurde. Welche gesundheitlichen Schädigungen entstehen aus dieser Gewissenlosigkeit der Händler?

Aber noch eins! Der städtische Schlachthof und die Markthallen erfordern jährliche Zuschüsse über Zuschüsse. Fleischer und Händler benutzen diese städtischen Einrichtungen nicht. Angeblich wegen der hohen Gebühren. Man sollte nun meinen, daß Fleisch, welches in allen möglichen Winkelgeschlächtern geschlachtet wurde, im Preise billiger sei, als auf dem Schlachthof geschlachtet. Aber weit gefehlt. Einen Vorteil von der Umgehung des Schlachthofes hat nicht das laufende Publikum, sondern der Händler. Es sind auch noch andere Anreize vorhanden, die zur Umgehung des Schlachthofes führen. J. A. wurde auf dem Berliner Schlachthof ein Schlachtvieh verworfen, weil es schon vor der Schlachtung gestorben war. Der Eigentümer brauchte darauf den eigenmächtigen Ausdruck: „Das passiert mir nicht wieder.“ In Weihenstephan hätte ich das Tier glatt freigelassen. Hier liegt der wahre Grund für das Verhalten der Fleischermeister, die nicht auf den Schlachthof wollen. In den Vororten wird es nicht so genau genommen. Es kann dem Tierarzt und Beschauer in den kleinen, einzelnen Schlachthäusern leichter etwas verborgen werden, als in Berlin, wo in den großen, heißen Hallen zwei Augen sind.

Die Bevölkerung Groß-Berlins hat einen Anspruch darauf, daß das wichtigste Nahrungsmittel, das Fleisch, unter absolut einwandfreien Verhältnissen hergerichtet und in den Handel gebracht wird. Die Möglichkeit hierzu besteht. Der Berliner Schlachthof hatte im letzten Jahre ein Defizit von 18 Millionen Mark. Das Vieh wird vom Viehhof in allen möglichen Vororten geschleppt, der Schlachthof steht zur Hälfte leer. Bequemere für die Herren nicht aus freien Stücken, dann muß mit Zwangsmitteln die Benutzung des Schlachthofes

herbeigeführt werden. Dasselbe gilt für die Händler. Wir erhöhen die Forderung nach zentraler Schlachtung und zentralen Großfleischhandel für Groß-Berlin. Nur dadurch wird dem Konsumenten die Gewähr gegeben, daß der Handel mit Fleisch einwandfrei vor sich geht.

## Wer bezahlt's?

Bei der Sipo sind seit geraumer Zeit Unterrichtskurse im Englisch, Französisch, Mathematik u. s. f. bis zur Abiturientenprüfung eingerichtet. Herr Rektor Rehbaum ist der Geist, der über dem Ganzen stellvertretend seinen Dirigentenstab schwingt. Im Bezirk Treptow ist es Rektor Raedel, der die Futterrippe verteilt. Viele Schulleute drängen nur so an die Futterrippe, denn pro Stunde gibt's 10 Mark. Es ist doch schön, Sipomann zu sein, sich vom Staate bekleiden, bekloppen, bestreiten und für höhere Examina vorbereiten zu lassen! Ähnliche Einrichtungen bestehen auch bei der Reichswehr.

Gegen den Bildungsdrang der Jugend haben wir gar nichts, im Gegenteil! Wenn es sich aber um freie staatliche oder städtische Ausbildung von Proletariatskindern handelt — dann ist natürlich kein Geld da! Wir fragen die zuständige Behörde hiermit: Wer bestreitet diese erwähnten Unkosten bei der Sipo und der Reichswehr?

Nebenbei sind wir der unmaßgeblichen Meinung, daß sehr viele Polizeibeamte vor Mathematik erst einmal Knigges Umgang mit Menschen durchzunchmen hätten; in der Behandlung der Verhafteten sind noch sehr viele Bildungslücken auszufüllen!

## Die Finanzen der Provinz Brandenburg

Der Finanzausschuß des Brandenburgischen Provinziallandtags hat den Hauptvoranschlag der Provinz für 1921 vorbereitet und unterbreitet ihn dem Provinziallandtag mit mehreren Anträgen. Der Voranschlag soll in Einnahmen und Ausgaben mit 134 404 400 Mark festgelegt werden. Folgende Entschlüsse an die Staatsregierung wird vorgeschlagen: Der Provinziallandtag erhebt den Anspruch, daß die Staatsregierung durch eine der Geldentwertung und der Kostensteigerung entsprechende Erhöhung der Staatsdotierung und Neuordnung der Steuerverhältnisse die Weiterführung der Provinzialaufgaben sicherstellen wird. Wie für alle Provinzen gilt dies ganz besonders für die Provinz Brandenburg, die durch die Grenzverschiebungen zur Grenzmark geworden ist und deshalb die weitestgehende Unterstützung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben seitens des Staates fordern muß. Ferner beantragt der Finanzausschuß, den Provinzialausschuß um Prüfung zu ersuchen, ob sich die Wiederaufnahme des Betriebes der Borer Wasserwerke bei Anzig und die Erweiterung des Müllers- und Säuglingsheims in Lübben empfiehlt. Der Finanzausschuß beantwortet weiter die Erhöhung der Bauhaushaltsleistungen für die Erstattungen der Provinzialaufwendungen für Arme, Geistesranke, Taubstumme usw., die Verstärkung des Landesmellorationsfonds zur Förderung weiterer landeskultureller Unternehmungen durch eine Anleihe bis zu 12 Millionen und die Bereitstellung eines Beitrages bis zu 210 000 M. als Beihilfe an die Stadt Guben zum Neubau des Gubener Wehres und der Reichsbrücke. Ebenso sollen eine Anleihe bis zu 150 Millionen für die Zwecke des Märkischen Elektrizitätswerks aufgenommen und weitere 1 500 000 M. als Baukosten für die Hebammenlehranstalt in Neuzölln nachbewilligt werden.

## Arbeiter-Radsahrer-Jubiläum

Zu einer imposanten Kundgebung für die Arbeiter-Radsahrer wurde am Sonntag den 20. Mai anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Arbeiter-Radsahrerbundes „Solidarität“ veranstaltete Sternfahrt nach Rathenow. Im Laufe des Sonnabendnachmittags trafen die ersten Radsahrer in Rathenow ein, und der Zustrom wurde mit jeder Stunde größer. Die Unterbringung der vielen Sportler hatte angesichts der augenblicklichen Wirtschaftslage einige Schwierigkeiten bereitet, aber dennoch eine glückliche Lösung erfahren.

Am Sonnabendabend vereinigten sich die bereits eingetroffenen Radsahrer mit den Rathenower Genossen im Volksgarten zu einem Kommers. Der Arbeiter-Turnverein „Freiheit“ verschönte den Abend durch turnerische Vorführungen, während der Arbeiter-Randalinienklub „Fidelitas“ für musikalische Unterhaltung sorgte. Die Ortsgruppe Berlin führte mit großem Beifall aufgenommene Massenpyramiden aus, während die Ortsgruppe Rathenow mit einem 14er-Reigen aufwartete. Der Vorabend nahm einen harmonischen Verlauf.

# Hundert Prozent

## Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Nation Copyright by Der Verlag Berlin-Galante 1921

(87. Fortsetzung) 70. (Nachdruck verboten)

Natürlich waren Peters Beteuerungen Mc Givney gegenüber nicht buchstäblich zu nehmen; er hatte mehr als eine Frau angeschaut, doch hatte leider keine den Blick erwidert. Zuerst hatte sich Peter um Miriam Jankowitsch bemüht, die rundlich und hübsch war, doch hatte Miriam bloß für den im Gefängnis schmachtenden Mc Cormick Gedanken, außerdem mußte sie sich nach ihrem Abenteuer mit Bob Oden ins Spital begeben, und Peter wollte natürlich mit einer Kranken nichts zu tun haben. Er tat auch noch anderen roten Mädchen schön, war auch bei ihnen nicht unbeliebt, doch behandelten sie ihn als guten Kameraden, schienen keineswegs die Theorie der freien Liebe befolgen zu wollen. Peter beschloß daher, nach einem Mädchen zu suchen, das keine rote war. Dies würde ihm gestatten, sich zu erholen und zu unterhalten. Die roten verstanden sich schlecht auf Unterhaltung, sie deutete es eine Festsetzung, sich in einem Zimmer zu versammeln und halbblau, um von der Polizei nicht gehört zu werden, die Internationale oder die rote Fahne zu singen.

An einem Samstagnachmittag begab sich Peter in ein Konfektionsgeschäft, das einem Sozialisten gehörte, kaufte auf Kredit einen neuen Hut und Anzug. Dann verfiel er sich auf die Straße, sah ein nettes kleines Mädchen in ein Kino eintreten und folgte ihr. Sie wurden bekannt und soupierten miteinander. Sie war vornehm gekleidet und erzählte Peter, daß sie Maniküre sei. Ihre Ideen über Unterhaltung stimmten mit denen Peters überein, er gab an diesem Samstagabend sein ganzes Geld aus und beschloß, sobald er etwas Neues über die roten zu berichten habe, von Mc Givney vierzig Dollars die Woche zu verlangen.

Der folgende Tag war Ostersonntag. Peter traf seine Maniküre, und sie schlenderten die Park-Avenue, die vornehme Straße von American-City entlang. Viele der Häuser waren besetzt, man sah eine Menge Männer in Uniform, alle Predigten beschäftigten sich mit kriegerischen Din-

gen. Anscheinend war Christus auferstanden, um der Welt die Demokratie zu sichern und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einzuführen. Peter und Fräulein Frisbie waren sonntäglich gekleidet, beobachteten die festliche Menge, Fräulein Frisbie studierte die Kleider der Damen, erlaschte etliche Broden aus ihren Reden, die sie flüsternd Peter mitteilte, und Peter fühlte, er sei auf den Olymp zurückgekehrt.

Sie betrat eine der aristokratischen Kirchen, die „Kirche des göttlichen Mittels“. Es war eine „hohe“ Kirche, mit Kerzen und Weihrauch, letzteren konnte man freilich kaum riechen, weil ihn die Lilien und der Parfüm der andächtigen Damen überdeckten. Peter und seine Freundin setzten sich in einen der ledergepolsterten Kirchenstühle und hörten eine der patriotischen Predigten des ehrwürdigen de Willoughby Stotterbridge, der stets in der Montagsausgabe der „Times“ lobend erwähnt wurde. Der ehrwürdige de Willoughby Stotterbridge zitierte etwas aus dem alten Testament, das sich mit der Austrottung der Feinde des Herrn befaßte, lobpries den Triumph der amerikanischen Waffen und die herrliche Ueberlegenheit der amerikanischen Munition. Er verdamnte die Bolschewiki und die anderen Verräter, forderte ihre sofortige Vernichtung. Zwar berichtete er nicht, daß er sich unter der Menge befunden hatte, die die J. W. Ws. durchgepeitscht und die Redaktion der „Trompete“ gestürzt hatte, doch war aus seinen Worten ersichtlich, daß er ein detarziges Vorgehen verlange und gutheiße. Peters Brust schwellte vor stolzem Groll. Es ist etwas wert, zu wissen, daß man seinem Vaterland dient, und die alte Fahne schäufte, noch mehr jedoch ist es wert, versichert zu werden, man befände sich im Dienste des Allerhöchsten, der Himmel und seine Heerscharen ständen auf der gleichen Seite. Freudig erfuhr Peter, daß alles, was er getan habe, die Billigung des Gottesdieners hatte, der im heiligen Tempel des Allerhöchsten, zwischen bunten Glasfenstern, hellbrennenden Kerzen, Weihrauch, Lilienblau und dem Parfüm der vornehmen, entzückend gekleideten Damen des Olymp im Namen seines Gottes sprach. Freilich verwechselte Peter ein wenig die verschiedenen Mythologien, doch war seine Bildung recht vernachlässigt worden, und man durfte es ihm nicht verargen, wenn er die Großen der Erde so wie sie waren bewunderte, und alles glaubte, was sie lehrten.

Der weißgewandete Chor durchschritt die Kirche, die Melodie des Liedes: „Vorwärts, christliche Soldaten“ ertarb, Peter und seine Freundin verließen die Kirche des

göttlichen Mittels“, schlenderten abermals die Avenue entlang. Dann begaben sie sich in den Park, wo es lauschige, einsame Ecken für junge Leute gab, die sich füreinander interessierten. Aber ach, das Schicksal, das Peter verfolgte, wollte ihm auch an diesem Morgen einen bösen Streich spielen. Im Eingang des Parks begegnete Peter dem Genossen Schnihelman, einem fetten kleinen Metzger, der der bolschewistischen Lokalsgruppe angehörte. Peter versuchte auf die andere Seite zu schauen und vorüberzuweichen, doch paßte dies dem Genossen Schnihelman nicht. Er stürzte sich auf Peter, die fleischige Hand ausgestreckt, ein strahlendes Lächeln auf dem runden teutonischen Gesicht. „Ach, Genosse Gudge, wie geht's heute morgen?“

„Sehr gut, danke“, erwiderte Peter fast und wollte weiter gehen.

Doch hielt Genosse Schnihelman seine Hand fest. „So, Sie haben sich die Osterparade angeschaut? Was meinen Sie, können wir allen Lohnsklaven diese paradiesischen Leute zeigen, wir würden aus ihnen rasch genug Bolschewiki machen! Nicht wahr, Genosse Gudge?“

„Ja, das glaube auch ich“, entgegnete Peter noch kälter. „Wir würden ihnen zeigen, wohin das Geld kommt, — wie Genosse Gudge?“ Genosse Schnihelman lachte, und Peter sagte hastig: „Adieu“, nahm seine Freundin beim Arm und zog sie eilends fort.

Aber ach, es war schon zu spät. Etlche Minuten Schritten sie in unheilverfündendem Schweigen dahin. Dann stand die Maniküre jählings still, wandte sich Peter zu: „Herr Gudge“, fragte sie, „was bedeutet das?“

Natürlich vermochte Peter nicht zu antworten. Er wagte es nicht, ihren funkelnden Augen zu begegnen, schwebte, bohrte seinen Schuß in den Sand. Ich will wissen, was das bedeutet“, beharrte das Mädchen. „Sind Sie ein Roter?“

Was konnte der arme Peter sagen? Wie sollte er ihr seine Bekanntschaft mit dem deutschen Agenten, dem deutschen Gesandten erklären?

Das Mädchen stampfte zornig mit dem Fuß. „Sie sind also ein Roter! Sind einer jener prodeutschen Verräter! Sie sind ein Schwindler, ein Spion!“

Peter war vor Verlegenheit und Bestürzung völlig hilflos. „Fräulein Frisbie. Ich kann es Ihnen nicht erklären.“

„Was hat's können Sie es nicht erklären? Weshalb kann ein ehrlicher Mann es nicht erklären?“

(Fortsetzung folgt.)

